Pressemitteilung

der CSD Organisator_innen in Baden-Württemberg

Datum: 03.02.14

Offene Briefe gegen Homophobie, Transphobie und Diskriminierungen

Christopher Street Day-Organisator_innen in Deutschland schreiben an Sportverbände und Bundesregierung.

Der CSD Christoper Street Day Deutschland e.V. ist ein Kooperationsverbund der deutschen CSD- und PRIDE-Vereine sowie Organisator_innen. Gemeinsam haben die Träger der Veranstaltungen für Akzeptanz und Gleichberechtigung von LSBTTIQ-Menschen zwei offene Briefe verfasst.

Mit dem Schreiben an das **International Olympic Committee** sowie den **Deutschen Olympischen Sportbund** wird auf die sehr beunruhigende Entwicklung für lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen (LSBTTIQ) hingewiesen. Das durch das russische Parlament im Juni 2013 beschlossene Gesetz gegen „Propaganda nicht traditioneller sexueller Beziehungen“ macht eine objektive Berichterstattung und Aufklärung über sexuelle Minderheiten unmöglich. Das Gesetz gibt rechtsradikalen Gruppen in Russland Auftrieb und schürt den Hass gegenüber allen sexuellen Minderheiten und der Vielfalt von Geschlecht in der gesamten Bevölkerung.

Im Brief der CSDs heißt es: „Wir fordern daher mit Nachdruck auf, vor und während der **Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi** klare Worte im Sinne des Olympischen Gedankens zu finden und darauf hinzuwirken, dass lesbisch-schwul-bi-trans-inter-Menschen öffentlich zu ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität stehen können.“

An die Adresse der **Deutschen Bundesregierung** richten die CSD Veranstalter_innen unter anderem die Forderung, klare Worte gegen die Verletzung von Menschenrechten und rechtliche, politische und/oder gesellschaftliche Diskriminierung zu finden. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und die Bundesregierung insgesamt sollen darauf hinwirken, dass den bedrohten Menschen sowie den Aktivist_innen, die sich für die Rechte von lesbisch-schwul-bi-trans-inter-Personen einsetzen, in Deutschland unbürokratisch ein **politisches Asyl** gewährt wird. „Wir fordern Sie auf, nicht tatenlos zuzusehen, wenn Menschen aufgrund ihrer Sexualität in ihrer Heimat verfolgt, misshandelt, inhaftiert oder sogar getötet werden“, heißt es in dem offenen Brief, welcher direkt an die Bundeskanzlerin ist.

Neben den **baden-württembergischen CSD Organisator_innen** aus Karlsruhe, Konstanz, Rhein-Neckar (Mannheim), Stuttgart und Ulm/Neu-Ulm haben sich den beiden Briefen mehr als 35 weitere Veranstalter-Vereine aus ganz Deutschland angeschlossen.

Weitere Informationen:

www.csd-deutschland.de www.csd-karlsruhe.de www.csd-konstanz.de

www.csd-rhein-neckar.de www.csd-stuttgart.de www.csd-ulm.de